



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > **Sozialministerin Trautner: „Derzeit freie, nicht genutzte Einrichtungen können als mögliche Ausweichunterkünfte verwendet werden“ – Gewaltschutz**

# Sozialministerin Trautner: „Derzeit freie, nicht genutzte Einrichtungen können als mögliche Ausweichunterkünfte verwendet werden“ – Gewaltschutz

9. April 2020

Durch die gestiegene Nähe im häuslichen Bereich können sich Konflikte zwischen Partnerinnen und Partnern verstärken und schon länger andauernde häusliche Gewalt eskalieren. „Bislang liegen uns keine konkreten Hinweise auf eine vermehrte Inanspruchnahme von Frauenhäusern vor, aber wir sind vorbereitet. Mir ist wichtig, dass betroffene Frauen und ihre Kinder auch weiterhin und gerade jetzt zuverlässig Hilfe erhalten“, so Bayerns **Sozialministerin Carolina Trautner**. Das telefonische Beratungsangebot wird zunehmend genutzt.

Die Freie Wohlfahrtspflege Bayern erarbeitet derzeit fachliche Empfehlungen und Rahmenbedingungen für eine alternative Unterbringung ergänzend zu den bereits bestehenden Frauenhäusern. „Damit haben wir eine gute Grundlage, um zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Trägern der freien Wohlfahrtspflege den konkreten Bedarf festzustellen. Aus meiner Sicht könnten derzeit freie, nicht genutzte Einrichtungen als mögliche Ausweichunterkünfte verwendet werden“, so Trautner. „Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass der Infektionsschutz für Frauenhäuser verbessert wird. Auch Frauenhäuser müssen mit Schutzausrüstung versorgt werden“, betont die Sozialministerin. „Wenn die Einrichtungen zusätzlichen Bedarf an technischer Ausrüstung haben, um die digitale Kommunikation und datengeschützte Online-Beratung mit den Frauenhausbewohnerinnen sowie bei den Fachberatungsstellen und Frauennotrufen zu ermöglichen, unterstützen wir das gerne“, erklärt Trautner.

Die Staatsregierung steht in engem Kontakt mit den Dachverbänden des Hilfesystems für gewaltbetroffene Frauen, mit der landesweiten Koordinierungsstelle gegen häusliche und sexualisierte Gewalt und mit den Kommunalen Spitzenverbänden, um die Kommunen dabei zu unterstützen, wegen der Corona-Pandemie gegebenenfalls notwendige zusätzliche Schutzplätze für Frauen zur Verfügung zu stellen. Passgenaue Lösungsstrategien müssen vor Ort in Absprache zwischen den Kommunen und dem jeweiligen Träger gefunden werden.

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

